

Versorgung und Entsorgung im superindustriellen System: soziale Probleme als Wachstumsfolge und Wachstumsbedingung

Jänicke, Martin

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Jänicke, M. (1981). Versorgung und Entsorgung im superindustriellen System: soziale Probleme als Wachstumsfolge und Wachstumsbedingung. In J. Matthes (Hrsg.), *Lebenswelt und soziale Probleme: Verhandlungen des 20. Deutschen Soziologentages zu Bremen 1980* (S. 144-152). Frankfurt am Main: Campus Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-135444>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Versorgung und Entsorgung im superindustriellen System: Soziale Probleme als Wachstumsfolge und Wachstumsbedingung

Martin Jänicke

1. Einleitung: Die Verheißungen der „nachindustriellen Gesellschaft“ verblissen

Wenn dieser Soziologen-Tag der „Konstitution sozialer Probleme“ ein zentrales Augenmerk widmet, so vermutlich nicht in der Absicht, um dies Thema herum allerlei begriffliche und methodologische Eiertänze zu vollführen; wohl auch nicht in der bloßen Annahme, daß sich lediglich die gesellschaftliche Problem*perzeption* verschärft hat. Das verbreitete Gefühl, daß die gesellschaftliche Problem*produktion* zu- und nicht abgenommen hat, kommt ja nicht von ungefähr. Wenn dem aber so ist, was wird dann aus den Entwarnungen der einzigen umfassenden Gesellschaftstheorie, die die westliche Soziologie in den siebziger Jahren hervorgebracht hat: der Theorie der „*postindustriellen Gesellschaft*“? Hatte sie uns nicht implizit, aber unüberhörbar eine Entspannung an der gesellschaftlichen Problemfront verheißen? War sie nicht mit ihrer berechtigten Betonung der Zunahme von Freizeit, Bildung und tertiären Beschäftigungsformen ein Trost für alle diejenigen, denen die Entwicklung des Industrialismus Sorgen bereitete?

Nun, trotz aller Tertialisierung im Beschäftigungsbereich haben wir die Probleme des Industrialismus keineswegs hinter uns. Im Gegenteil: Der tertiäre Sektor wächst *mit* der Industrieproduktion. Und sein Wachstum ist in erheblichem Maße Folge der Problemträchtigkeit dieser Entwicklung.

Ich habe einen unverdächtigen Zeugen für diese Aussage: den notorischen Optimisten Herman Kahn. Auch er ist ein Anhänger des Konzepts der „nachindustriellen Gesellschaft“, möchte es nunmehr jedoch bis zum Jahre 2000 zurückgestellt wissen. (Jahrtausendwenden sind für den Anbeginn besserer Zeiten ja immer ein geeignetes Datum). Bis dahin erreichen die Risiken und Schwierigkeiten des westlichen Industrialismus erst ihren Kulminationspunkt. Deshalb schlägt Kahn für die Durststrecke des letzten Quartals dieses Jahrhunderts den Begriff der „*superindustriellen Gesellschaft*“ vor.

Und die ist vornehmlich durch zwei Merkmale gekennzeichnet: Erstens ist sie, vor allem wegen der Größendimensionen ihrer Unternehmungen und der Risiken ihrer Technologien, „*problem-prone*“ (hier wird exemplarisch auf Harrisburg verwiesen). Zweitens zeichnet sie sich aus durch das Ausmaß der entstehenden *externen Kosten*. Was immer gegen Herman Kahn spricht, die hier vorgenommene Revision von Bell hat ihre guten Gründe.

Ich möchte im folgenden den Begriff der „superindustriellen Gesellschaft“ beibehalten und die Merkmale ihrer Problemträchtigkeit näher bestimmen. Anschließend soll von dem Reparatur- bzw. Entsorgungssektor die Rede sein, der „externen Kosten“ als Einnahmen verbucht, für den diese Problemträchtigkeit also konstitutiv ist. Abschließend soll die „Konstitution sozialer Probleme“ daraufhin geprüft werden, wie der „Entsorgungssektor“ der Gesellschaft Probleme definiert und Gegenstrategien konzipiert.

2. Problemmerkmale der superindustriellen Gesellschaft

Ich bin der Meinung, daß der Industrialismus tatsächlich in den siebziger Jahren eine neue Qualität offenbart hat, die es wert ist, begrifflich auf einen Nenner gebracht zu werden. Der plakative Begriff der superindustriellen Gesellschaft ist hierfür geeignet und soll im folgenden durch fünf Merkmale gekennzeichnet werden, die sowohl diese neue Qualität als auch die spezifische Problemträchtigkeit dieses industriegesellschaftlichen Entwicklungsstadiums kennzeichnen. Diese Merkmale sind:

- a) die *Totalität des Industrialismus*
- b) dessen prekär gewordene *Regierbarkeit*
- c) seine Präferenz für *high impact technologies*
- d) der hohe Stellenwert des technokratischen *Reparatur- und Entsorgungssektors* und
- e) die neue *Legitimationsproblematik*, die im Wertwandel und einem neuen Typ von Bürger-*Opposition* ihren Niederschlag findet.

Hierzu einige Erläuterungen:

a) Die *Totalität des Industrialismus*

In den entwickelten Gesellschaften ist heute „Industrie“ nicht mehr ein bestimmter Produktionszweig, sondern ein die gesellschaftliche Gesamtproduktion nahezu durchgängig bestimmendes Prinzip. Industrielle Mechanismen der Technisierung, Rationalisierung, Spezialisierung und Zentralisierung sind m.a.W. in allen Produktionsbereichen bestimmend geworden. Dies gilt für die Lebensmittelerzeugung ebenso wie für die „Kulturindustrie“, für den Massentourismus ebenso wie für das durchrationalisierte Groß-Büro. Die Industrialisierung des Dienstleistungsbereichs macht diesen für „nachindustrielle“ Heilserwartungen wenig geeignet.

Und auch der Staat ist weithin von industriellen Strategiepräferenzen bestimmt. Dies gilt nicht zuletzt für die Art, wie gesellschaftliche Probleme angegangen werden:

Wo immer dies möglich (und selbst dort, wo es unsinnig) ist, wird auf technische Lösungen gesetzt: im Umwelt- und Katastrophenschutz, im Gesundheitsbereich, bei der Kriminalitätsbekämpfung, bei der Energieeinsparung oder bei der Bekämpfung von Verkehrsproblemen. Staat und Industrie sind sich auch in ihrer Struktur als spezialisierte und durchrationalisierte Großtechnokratien immer ähnlicher geworden.

Der Siegeszug des Industrialismus ist jedoch nicht auf die hochentwickelten Gesellschaften beschränkt. Das wohl wichtigste Merkmal des superindustriellen Systems ist sein internationaler Charakter und seine Tendenz zur Weltherrschaft.

Super-Industrien sind multinationale Industrien, die in den Weltmarkt integriert sind. Seit sich auch die Volksrepublik China (1976) dem Weltmarkt geöffnet hat, ist das super-industrielle System im globalen Maßstab etabliert. Die osteuropäischen kommunistischen Systeme hatten schon in den sechziger Jahren ihre wirtschaftliche Abkopplung vom Weltmarkt aufgegeben.

Der Weltmarkt aber ist eine kapitalistische Einrichtung. Und so, wie die ihn bestimmenden Profitabilitätskalküle selbst auf sozialistische Länder zurückwirken (mit Kriseneffekten wie in Polen), verstärken sie in den westlichen Ländern das Gewicht einzelwirtschaftlicher Partikularinteressen im Verhältnis zur politischen Instanz. Totalität des Industrialismus bedeutet also auch: erhöhte Durchsetzungschance ökonomischer Partikularinteressen gegenüber den Institutionen lokaler oder auch nationaler Allgemeininteressen.

b) Die prekär gewordene Regierbarkeit

Die beträchtliche Unregierbarkeit des Weltmarktes durch den einzelnen Nationalstaat ist der wichtigste Aspekt dessen, was ich als „Krise der politischen Instanz“ bezeichnen möchte. Hierbei geht es zunächst um die ökonomische Macht, die darin besteht, daß einzelne Multis bereits einen Umsatz haben, der die gesamten öffentlichen Finanzen Schwedens oder Australiens übersteigt (Exxon, General Motors, Shell z.B.). Die Drohung eines Kapitalabzugs und vor allem die mit dem herkömmlichen Machtbegriff nicht mehr zu beschreibende weltweite Wahlfreiheit hinsichtlich der günstigsten Investitionsbedingungen sind gewaltige Vorteile, wenn es darum geht, politische Interventionen – z.B. Versuche von Kosteninternalisierungen – zurückzuweisen. Ein Blick auf die internationale Konkurrenz zwischen Kommunen und Regionen um Industrieansiedlungen, auf die demutsvollen Verhaltensweisen der politischen Instanzen in diesem Prozeß macht hier vieles verständlich. Der entscheidende Punkt ist jedoch die *selbstverstärkende Wirkung politischer Steuerungsdefizite*: Die Schwäche der politischen Interventionsinstanz hat ihren Preis. Der Verzicht auf vorsorgliche Problemabwehr erhöht die Ausgaben für staatliche Entsorgungs- und Kompensationsleistungen. Die sinkende Entscheidungsqualität des Staates erhöht die Quantität seiner Budgets. Der so entstehende Finanzbedarf aber verweist den Staat wiederum auf wirtschaftliches Wachstum und dessen Steuerdividende. Und diese Wachstumsmotivation des verschuldeten Steuerstaates wiederum beeinträchtigt seine Interventionskapazität. Mehr noch und in unserem Zusammenhang entscheidend: Es ist diese Wachstumsmotivation, die den Staat zunehmend dazu verleitet, die ihm zukommende Problembearbeitung aus wachstumspolitischen Erwägungen zu ökonomisieren und sie bei spezialisierten Sozial-Industrien (des Gesundheits-, Umwelt- oder Sicherheitsbereichs) in Auftrag zu geben. Dieser Übergang von der intervenierenden zur spenderierenden Bürokratie hat gerade die Problemzonen der superindustriellen Gesellschaft zu industriellen und bürokratischen Wachstumszonen werden lassen.

c) Die Präferenz für high impact technologies

Daß über „Unregierbarkeit“, über gravierende Steuerungsprobleme oder über eine „institutionelle Sklerose“ der Industrieländer erst in den siebziger Jahren so häufig geklagt wird, kann durch die qualitativ neue Problemträchtigkeit des großtechnologisch bestimmten Gesellschaftsprozesses erklärt werden. Interventionsdefizite fallen eher ins Auge, wenn der Interventionsbedarf rapide ansteigt.

Steuerungsprobleme qualitativ neuer Größenordnung ergeben sich ganz überwiegend durch die Technologie-Präferenz der Super-Industrien. Dieser Technologie-Typus wird wegen seiner hohen Problem-Verflochtenheit mit dem Begriff „high impact technology“ am angemessensten bezeichnet. Er ist gekennzeichnet durch:

- einen hohen *Kapitalbedarf*
- einen hohen *Infrastrukturbedarf*
- ein hohes *Rationalisierungstempo*
- eine prekäre Abhängigkeit von *nichtregenerierbaren Rohstoffen*
- einen hohen *Transportbedarf*
- hohe Unfall- und *Umweltrisiken*.

Man kann es auch so formulieren: High impact technologies sind Technologien, deren hohe einzelwirtschaftliche Produktivität durch ihre Problem-Kosten weitgehend „aufgefressen“ wird. Es sind diese – überwiegend externalisierten – Nebenkosten, die den Wachstumsrückgang der Industrieländer zumindest verstärken. Dieser hat seinerseits Problemfolgen, von der Staatsverschuldung bis zur modernen Armut, die ebenfalls eine neue Qualität haben.

Um hier nicht allzu abstrakt zu bleiben, möchte ich einige Problemaspekte des Superindustrialismus am Beispiel der Branchenentwicklung der Europäischen Gemeinschaft verdeutlichen. Die überproportional wachsenden Wirtschaftsbereiche der EG sind (auf der Produktions- nicht auf der Beschäftigungsebene):

- die *Chemiewirtschaft*
- die *Energiewirtschaft*
- der *Bergbau*
- die *metallverarbeitende Industrie*
- die *Verkehrs- und Kommunikationswirtschaft* und
- (als einziger Zweig des tertiären Sektors) die *Banken und Versicherungen*.

Wachstumsbranchen in der Europäischen Gemeinschaft (Prozentanteil am Bruttoinlandsprodukt; Preisbasis 1970)

| | 1966 | 1972 | 1978 | 1984 | 1990 |
|---------------------------|------|------|------|------|------|
| Bergbau | 1,3 | 0,8 | 0,9 | 1,1 | 1,2 |
| Elektrizität, Gas, Wasser | 2,0 | 2,4 | 2,9 | 3,1 | 3,4 |
| Metallverarbeitung | 11,0 | 11,6 | 11,9 | 12,2 | 12,5 |
| Chemie, Ölprodukte | 3,9 | 5,0 | 5,3 | 6,0 | 6,6 |
| Transport, Kommunikation | 6,1 | 6,2 | 6,4 | 6,4 | 6,5 |
| Banken, Versicherungen | 5,7 | 6,6 | 7,3 | 7,7 | 8,1 |

Quelle: Prognos Euro-Report 1980

Laut Prognos-Institut wird sich an dem überproportionalen Wachstum dieser Wirtschaftszweige bis 1990 nichts ändern. Mit Ausnahme vielleicht der Kommunikationswirtschaft mit ihren neuen Informationsindustrien sind diese Wachstumsindustrien – zumal der Chemie-, Energie- und Transportsektor – überwiegend durch high impact technologies gekennzeichnet. Man muß schon beträchtliche Phantasie besitzen, um sich hier den Begriff der postindustriellen Gesellschaft einfallen zu lassen.

Bleibt als „tertiärer“ Wachstumsbereich derjenige der Banken und Versicherungen. Die intern voll durchtechnisierten Banken sind – zumal in ihrer Vermögensstruktur – doch eher ein Bestandteil des Industriesektors. Das Versicherungswesen aber verdankt seinen rasanten Aufstieg wesentlich dem beschleunigten Anstieg industriegesellschaftlicher Risiken. Dies ließe sich an der Kranken- und Unfallversicherung oder am Rückversicherungswesen veranschaulichen. Besonders charakteristisch ist hier das Beispiel der industriellen bzw. technischen Großschäden:

Technisch-industrielle Risiken im Lichte des Versicherungswesens: Großschäden in der Bundesrepublik Deutschland seit 1969

| Jahr | Industrielle Millionenschäden Feuer (incl. Betriebsunterbrechungen) | | Großschäden (über 100.000 DM) der technischen Versicherungen | |
|------|--|----------|---|----------|
| | Anzahl | Mill. DM | Anzahl | Mill. DM |
| 1969 | 107 | 315,1 | 142 | 55,7 |
| 1971 | 173 | 734,0 | 385 | 126,3 |
| 1973 | 181 | 714,0 | 447 | 130,5 |
| 1975 | 168 | 551,0 | 524 | 136,5 |
| 1977 | 202 | 978,0 | 646 | 185,0 |
| 1979 | 220 | 1.200,0 | -- | -- |

Quelle: Versicherungs-Wirtschaft, Jahrgänge 1972-1980

d) Der Aufstieg des technokratischen „Entsorgungssektors“

Das Beispiel der Versicherungswirtschaft führt uns nun zum entscheidenden Punkt. Denn hier handelt es sich um einen wesentlichen Bestandteil des technokratischen Entsorgungssektors. Dieser Begriff ergibt sich aus einer Dichotomisierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Ich bezeichne als *Versorgungssektor* denjenigen Teil der Gesellschaft, der für eine (wie immer erzeugte) originäre Nachfrage produziert. Der „*Entsorgungssektor*“ hingegen bedient eine Nachfrage, die sich aus gesellschaftlichen Problemstrukturen ergibt. Die These, die diese Unterscheidung notwendig macht, lautet: *Die Struktur superindustrieller Versorgung gibt dem technokratischen Entsorgungssektor ein qualitativ neues Gewicht. Die neue Qualität besteht aber nicht nur in dem Ausmaß superindustrieller Problemträchtigkeit, sondern speziell in dem Umfang, in dem gerade an diesen gesellschaftlichen Problempunkten bürokratisches und industrielles Wachstum erzielt wird.*

Wichtigster Bestandteil des technokratischen Entsorgungssektors ist der „medizinisch-industrielle Komplex“. Er verdankt seinen rasanten Aufstieg der Zunahme von „Zivilisationskrankheiten“, die nach Angaben der Bonner Gesundheitsministerin Antje Huber 1976 bereits rund 85 Prozent der Todesursachen bestimmten. In der superindustriellen Gesellschaft ist der medizinisch-industrielle Komplex einer der größten Wirtschaftszweige. In der Bundesrepublik und den USA werden für Gesundheitszwecke mehr als 10 Prozent des BSP angegeben. Der Gesundheitssektor beschäftigt hierzulande 1,7 Millionen Einkommensbezieher. Im Gegensatz zu anderen strategischen Branchen – Bau- oder Auto-Industrie – kann er laut OECD und Prognos-Institut mit einem weiter ansteigendem Anteil an der Gesamtnachfrage rechnen.

Gleichermaßen zu Ehren und Umsätzen gekommen ist in den siebziger Jahren der „öko-industrielle Komplex“. Auch er ist eine zwangsläufige Folge der industriell-

len Entwicklung – wo die Verpackungsindustrie wächst, steigt auch die Bedeutung der Abfallwirtschaft, wo Wasser und Luft von Emissionen bedroht sind, steigt die Nachfrage nach Klär- und Filteranlagen usw. Wie im Gesundheitsbereich handelt es sich hier gleichsam um Zwangsmärkte – und diese Marktstruktur kennzeichnet einen großen Teil der Wirtschaft des superindustriellen Systems. Neuestes und anschaulichstes Beispiel dieser Mechanik ist der Katastrophenschutz und der gesamte Bereich der technischen Sicherheit und Risikominderung. Tankerunfälle und Ölkatastrophen sind ein Markt, dessen Anbieter von den Versicherungen bis zu den Produzenten von Öl-Absaugschiffen reicht. Und wo ein Problemmarkt besteht, wächst auch der zuständige Staatsapparat und sein Budget.

Dies gilt in besonderem Maße für die unaufhaltsam steigende Kriminalität – ein Problem der sozialen Umwelt industrieller Ballungsräume. In der Bundesrepublik gab es 1978 im Bereich Öffentliche Sicherheit und Ordnung neben ca. 300.000 öffentlich Beschäftigten rund 150.000 Angestellte entsprechender privater Dienste. Dies waren bereits 1,7 Prozent der Beschäftigten. Hinzu kommen freilich noch die Angestellten der Einbruchs- und Diebstahlversicherungen und die Produzenten von Sicherheitstechnologien aller Art. Die Tendenz ist steigend – wie die der Kriminalität. Nach einer Schätzung soll es 1990 in der Bundesrepublik bereits 250.000 Beschäftigte privater Sicherheitsdienste geben.

Auch Bildung und Forschung haben ihre Bedeutung im wesentlichen durch ihre Reparatur-Funktionen erhöhen können. Wo der beschleunigte technologische Wandel vorhandene Wissensbestände entwertet und Qualifikationen überflüssig macht, wo Situationen und Verhältnisse abnehmen, in denen aus unmittelbarer Anschauung gelernt und aus unmittelbarer Einsicht gehandelt werden kann – dort kommt die gewaltige bürokratisch-technische Bildungsmaschinerie zum Zuge. Und wo der Gesellschaftsprozess immer undurchschaubarer wird und die Nachfrage nach Problemlösungen wächst, ist auch die Zukunft der gut organisierten „Forschungs-Industrie“ gesichert. Eindeutiger als in diesen Fällen ist der Reparaturbedarf in Problemereichen wie „strukturelle Arbeitslosigkeit“, „moderne Armut“, oder „Unwirtschaftlichkeit“ (nach den Kriterien des Weltmarktes) von Wirtschaftszweigen oder auch Regionen, die wachsende Subventionen nach sich zieht.

Eine quantitative Bestimmung des Entsorgungssektors setzt eine schwierige begrifflich-operationale Abgrenzungsdiskussion voraus, die hier unterbleiben soll. Hierzu nur dies: In der Bundesrepublik wurden 1977 *allein für die Probleme Krankheit, Unfall, Umweltbelastung und Kriminalität reichlich 20 Prozent des Brutto-sozialprodukts ausgegeben*. Dieser BSP-Anteil ist zwischen 1965 und 1975 stark angestiegen. Nach 1975 stagnierte er in den Bereichen Krankheit und Umweltschutz, stieg aber in den Bereichen Unfall und Innere Sicherheit absolut und relativ weiter an. Die erst jetzt in die Kosten gehende atomare Entsorgung ist in diesen Berechnungen nicht enthalten.

e) Wertwandel und Alternativopposition

Ich hatte als fünftes Merkmal des Superindustrialismus die neue Oppositionsrichtung genannt, die er erzeugt. Gemeint ist jene Protestbewegung, der nicht mehr die Verteilung eines wachsenden Sozialprodukts zu ihren Gunsten am Herzen liegt, die sich vielmehr gegen dieses Wachstum selbst richtet. Dies als Folge eines Wertwandels, der wiederum im Kern darauf beruht, daß das vorherrschende Wachstumssystem selbstlegitimierende Wohlfahrts- und Wohlstandseffekte nicht mehr in dem

Maße produziert, wie es zur Kompensation der perzipierten Nachteile der technisch-industriellen Entwicklung nötig wäre. Dies fünfte Merkmal des Superindustrialismus ist hier nur insofern von Bedeutung, als es zugleich Alternativen zu den Problemlösungsstrategien des Entsorgungssektors thematisiert. Es verweist auch auf ein Innovationspotential, das langfristig durchaus eine gewisse Verminderung industrieller Problemträchtigkeit zur Folge haben könnte (z.B. ein stärkeres Gewicht von low impact technologies). Mir geht es jedoch um eine Diagnose gegenwärtiger bzw. unmittelbar absehbarer Entwicklungen.

Ich komme daher auf den Entsorgungssektor zurück. Das ihn bestimmende Problembewußtsein ist keineswegs geringer als das der Alternativbewegung. Der Unterschied zu ihr liegt in der Strategiepräferenz und in der ökonomischen wie bürokratischen Potenz ihrer Implementation.

3. Die Institutionalisierung von Problembestandsinteressen

Wie immer man den Entsorgungssektor entwickelter Industriegesellschaften definieren mag, wie groß immer die Schwierigkeiten seiner quantitativen Bestimmung sein mögen – er stellt ein *Dilemma* dar, das weit über die Gründe seiner Entstehung hinausgeht: Gemeint ist die gigantische *Institutionalisierung von Problembestandsinteressen*, die hier ins Werk gesetzt worden ist. Fast immer wenn Gesellschaften die Behandlung von Sozial-Problemen institutionalisieren, haben sie auf die Bekämpfung der Ursachen implizit bereits verzichtet. Sind solche Institutionen aber erst einmal für die Problemursachen unzuständig, so ist mit ihnen zugleich auch *ein latentes Interesse am Fortbestand problem erzeugender Strukturen* etabliert. An der kirchlichen Sozialfürsorge, am Roten Kreuz und an Bismarcks Sozialversicherung ist dies Dilemma frühzeitig diskutiert worden. Angesichts des heutigen Ausmaßes von Problemvermarktung und Problemverstaatlichung ist dies Thema aktueller denn je.

Ich hatte, um die bisherige Argumentation zusammenzufassen, die besondere Problemträchtigkeit des Superindustrialismus betont, die sich vorrangig aus seiner Präferenz für high impact technologies, aber z.B. auch aus seiner Größendimension ergibt. Ich hatte zweitens die nationalstaatliche Tendenz zur Nichtintervention – als vorsorglichem Veto gegenüber problemträchtigen Gesellschaftsentwicklungen – hervorgehoben. Ich hatte schließlich drittens beides als Wachstumsbedingung für den sozialbürokratischen, sozialindustriellen und versicherungswirtschaftlichen Entsorgungssektor angesehen.

Aus dieser Konstellation ergibt sich ein zweites Dilemma des technokratischen Entsorgungssektors: *die Tendenz zur Symptombehandlung*. Kurative Medizin, nachträglicher Umweltschutz in Form von Zusatztechnologien, Katastrophenschutz, Unfallbekämpfung durch Straßenbau, Kriminalitätsbekämpfung durch eine hochtechnisierte Polizeimaschinerie sind die Paradegebiete dieser wachstumskonformen Nachträglichkeit entsorgender Problembehandlung. In diesen Fällen steht die Problemvermarktung auf Staatskosten wie auf Privatkosten – im Vordergrund. Aber auch im Falle der „Problemverstaatlichung“, der vorrangigen Einschaltung von Sozialbürokratien also, können wir eine massive Tendenz zur Symptombehandlung deutlich erkennen, am anschaulichsten in der Arbeitslosen- und Fürsorgeverwaltung, wo die Maßnahme am Betroffenen die Ursachenanalyse fast völlig ausschließt.

Das dritte Dilemma des technokratischen Entsorgungssektors ist seine *Ineffizienz*. Wenn Probleme vorrangig oder ausschließlich auf der Symptomebene bekämpft

werden, ihre Ursachen aber eine Wachstumstendenz – analog etwa zum Wachstum von Risikotechnologien – haben, dann können nicht einmal die Symptomvariablen dauerhaft reduziert werden. Wenn die Krebsmorbidity steigt, die Krebsmortalität aber geringfügig gesenkt werden kann, so ist dieser Effekt in absehbarer Zeit wieder aufgehoben, weil die Wachstumstendenz im kausalen Bereich nicht beseitigt wurde. Nur die Kosten haben ein erhöhtes Niveau, denn die zeitweilige Mortalitäts-senkung hat und behält ihren Preis.

Das vierte Dilemma des Entsorgungssektors ist also seine *Kostenträchtigkeit*. Das Beispiel der Krebsbekämpfung gilt analog für die Kriminalitätsbekämpfung, die Emissionsminderung oder die Senkung von Unfallziffern im Straßenverkehr: Wenn die Anstiegstendenz im Kausalbereich nicht gestoppt wird, hat bereits eine Stabilisierung des Symptommiveaus notwendig einen steigenden Preis.

Die Kosten des Entsorgungssektors mögen dem Soziologen gleichgültig sein. Sie haben jedoch enorme gesamtgesellschaftliche Konsequenzen. Die Staatsverschuldung (in der Bundesrepublik seit 1970) und die verringerten Wachstumsraten können ohne diesen gewaltigen Kostenfaktor kaum hinreichend erklärt werden. Diese Kosten wären volkswirtschaftlich und fiskalisch unproblematisch, wenn es gelänge, sie voll auf die privaten Haushalte abzuwälzen. Aus vielfältigen Gründen ist dies nicht einmal unter diktatorischen Bedingungen möglich. Die Staatsfinanzen, vor allem aber auch die Investitionen bleiben – ohne daß dies hier näher ausgeführt werden kann – von diesen Kosten nicht verschont. Und dies hat volkswirtschaftliche und damit wiederum soziale Konsequenzen. (Alle Welt schaut heute auf Japan. Aber sein entscheidender volkswirtschaftlicher Kostenvorteil wird allgemein übersehen: die höhere Interventionskapazität der politischen Instanz und der schmale Entsorgungssektor, dem – wider Erwarten – auch ein vergleichsweise geringeres Problemniveau entspricht; die Japaner haben heute beispielsweise mit die höchste Lebenserwartung in der Welt.)

4. Fazit: Die technokratische Konstitution sozialer Probleme

Ich fasse thesehaft zusammen:

- a) Die Sozial-Bürokratien und Sozial-Industrien des Entsorgungssektors expandieren in den Problemzonen des superindustriellen Systems, dort also, wo Wachstumsbedingungen und Wachstumsfolgen problematisch werden.
- b) In diesen Bereichen ist auch die bürokratisch-industrielle Symbiose besonders eng; Problemverstaatlichung und Problemvermarktung gehen Hand in Hand, wobei der Staat – direkt oder durch Regelungen – den Großteil der Finanzierung besorgt, ein wachsender Teil der Kosten aber inzwischen privat erbracht wird.
- c) Der engen Symbiose öffentlicher und privater Problembehandlungstechnokratien entsprechen strukturelle Analogien, deren Folge eine Angleichung von Strategienpräferenzen ist:
 - beide sind arbeitsteilig und zentralistisch organisiert
 - beide haben eine Präferenz für Routinelösungen („Massenproduktion“)
 - beide haben ökonomische Interessen, die eng miteinander koinzidieren: hier das Interesse an Eaterweiterungen, dort das Interesse an Markterweiterungen
 - beide, die staatlichen wie die industriellen Technokratien, neigen auch von ihrer Binnenstruktur her zur Symptombehandlung, d.h. zu Maßnahmen am En-

- de problematischer Kausalketten, wo Probleme massenhaft und kalkulierbar anfallen.
- f) Folge dieser strukturellen Analogien sind technokratische Problemdefinitionen, die:
- die Komplexität von Problemen ignorieren (als Folge der Spezialisierung)
 - die vorsorgende Komponente zugunsten nachträglicher Maßnahmen ausblenden
 - die einmaligen, billigeren Maßnahmen zugunsten kostenträchtiger Maßnahmen außer acht lassen (als Folge der Ökonomisierung)
 - die Ursachen von Problemen vernachlässigen (Symptombehandlung).
- g) Dieser durchgängigen Definitionstendenz bürokratischer wie industrieller Sozial- bzw. Entsorgungstechnokratien entspricht ihre, zumeist noch durch die Alarmpublizistik verstärkte, vereinigte Definitionsmacht. (Zu jeder Alarmmeldung gehört die stereotype Forderung nach „besserer personeller und technischer Ausstattung“ der Entsorgung.)
- h) Der Entsorgungssektor ist das entscheidende Krisensymptom der superindustriellen Gesellschaft. Diese Krise berührt vermutlich kaum die Stabilität der nationalen Herrschaftssysteme. Wegen ihrer ökonomischen, fiskalischen und legitimatorischen Implikationen stellt sie jedoch langfristig einen unübersehbaren Veränderungsdruck in Richtung auf weniger problemträchtige Strukturen dar. Dieser Hinweis enthält keine Prognose nach dem Schema „Durch Nacht zum Licht“. Der zu erwartende verstärkte Veränderungsdruck ist lediglich der andere Pol der Entwicklung, die hier skizziert wurde.
- i) An diesem Gegenpol zeichnet sich faktisch eine Koalition ab zwischen prognostisch ausgerichteten Fraktionen der Spitzentechnokratie (z.B. der OECD) und den verschiedenen Alternativströmungen: Geht es den einen um die gesamtwirtschaftlichen Kosten, so klagen die anderen den Nutzen der teuren Entsorgung ein. Ob diese Koalition nennenswerte Basisinnovationen der sozialen und technischen Strukturen hervorzubringen vermag, bleibt abzuwarten.

Wichtiger jedenfalls als die eher formalsoziologische Frage nach der Thematisierung bzw. Konstitution sozialer Probleme scheinen mir die Institutionalisierung der *Problembearbeitung* und deren gesamtgesellschaftliche Konsequenzen zu sein. Für eine Soziologie, die sich auf dem Niveau der Gegenwartsprobleme zu halten sucht und sich nicht nur an formalen Niveaukriterien mißt, müßte dies eigentlich ein großes Thema sein.